

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Freitag, 11.11.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Congress Saal, St. Leonhard 14, Zugang über Eingang "Ottmerstraße", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annegret Ihbe - SPD

Mitglieder

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Herr Nils Bader - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Michel Winckler - SPD

Frau Cristina Antonelli-Ngamani - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE Ab 15:04 Uhr

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Oliver Schatta - CDU Bis 16:21 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Vertretung für Herrn Gerrit Stühmeier

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Herr Carsten Lehmann - FDP

Ab 15:15 Uhr

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Frau Ann-Kristin Hartz

Frau Heike Otto

Frau Melanie Sapendowski

Frau Christine Wolnik

Frau Nicole Kumpis – Sprecherin AGW Vertreter

Verwaltung

Herr Martin Klockgether - FBL 50

Herr Rainer Schubert - RefL 0500

Frau Ulrike Adam - Ref 0150

Herr Torsten Haf - Ref. 0500

Herr Michael Künzler - FB 50

Protokollführung

Frau Linda Meyer - FB 50

Gäste

Frau Henriette Wolff - Hebammenzentrale Braunschweig

Frau Kerstin Hartmann-Moos - Haus der Familie

Abwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU	entschuldigt
Herr Bernd Kopitzke-Roß	abwesend
Frau Ariane Stanko - Vorsitzende Seniorenrat	entschuldigt
Frau Janet Steffens-Grüning - Vertreterin Vorstand Behindertenbeirat	abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.09.2022
- 3 Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 Sachstands- und Evaluationsbericht der Hebammenzentrale im Zeitraum vom 01.03.2022 bis 31.08.2022 22-19598
 - 4.2 Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Planung des weiteren Ausbaus 22-19739
- 5 Anträge
- 6 Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt 22-19698
- 7 Gewährung einer Zuwendung für die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) des Behindertenbeirates Braunschweig e.V. 22-19845

8	Anfragen	
8.1	Mögliche Wärmehallen für Braunschweig	22-19927
8.1.1	Mögliche Wärmehallen für Braunschweig	22-19927-01
8.2	Tafel "am Limit"?	22-19577
8.2.1	Tafel "am Limit"? (nichtöffentlich)	22-19577-01
8.3	Freies WLAN in Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäusern, Nachbarschaftszentren und Wohnstandorten	22-19928
8.3.1	Freies WLAN in Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäusern, Nachbarschaftszentren und Wohnstandorten	22-19928-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.09.2022

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

3. Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie

Frau Jalyschko ist ab 15:04 Uhr anwesend.

Herr Klockgether berichtet, dass davon auszugehen sei, dass es eine hohe Dunkelziffer an Infektionen gebe, da viele Menschen keinen PCR-Test mehr machen würden. Es gebe immer weniger Teststellen. Die Impfquote läge bei ca. 80 %. Derzeit gebe es 100 bis 200 Impfungen täglich durch die Mobilen Impfteams.

Frau Jalyschko fragt, ob es möglich sei, dass die Stadt Braunschweig die Impfungen auch über die Empfehlung der STIKO hinaus durchführt.

Herr Klockgether antwortet, dass auch über die STIKO-Empfehlung hinaus geimpft werde. Hierfür sei dann eine Einverständniserklärung der entsprechenden Person notwendig. Bei Kindern werde jedoch den Empfehlungen der STIKO gefolgt. Darüber hinausgehende Impfungen würden gegebenenfalls von Kinderarztpraxen durchgeführt.

4. Mitteilungen

4.1. Sachstands- und Evaluationsbericht der Hebammenzentrale im Zeitraum vom 01.03.2022 bis 31.08.2022

22-19598

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Herr Lehmann ist ab 15:15 Uhr anwesend.

Frau Jaschinski-Gaus fragt nach, wie viele registrierte Hebammen es in Braunschweig gibt. Weiter bittet sie darum, mitzuteilen, wie hoch der Bedarf sei, den Hebammenberuf zu erlernen. Sie bittet weiter mitzuteilen, ob es auch Migrantinnen gebe, die Hebamme werden wollen.

Frau Wolff teilt mit, dass Hebammen im Gesundheitsamt und im Verbund registriert seien. Es gebe ca. 80 bis 90 Hebammen in Braunschweig. Der Bedarf an Hebammen sei vermutlich höher. Da es in Braunschweig kein Hebammenstudium gebe, werde erwartet, dass es zu einem Einbruch der Anzahl an Hebammen in Braunschweig kommen werde, wenn der letzte Ausbildungsjahrgang abgeschlossen ist. Es gebe auch Migrantinnen, die als Hebamme arbeiten. Diese müssten ein Anerkennungsjahr absolvieren.

Frau Köhler fragt nach, warum es in Braunschweig kaum Hebammen gibt, die Hausgeburten durchführen und warum es kein Geburtshaus in Braunschweig gibt.

Frau Wolff teilt mit, dass sie nicht genau sagen könne, warum es kein Geburtshaus in Braunschweig gibt und nur wenige Hebammen Hausgeburten anbieten. Derzeit gebe es zwei Hebammen in Braunschweig, die Hausgeburten anbieten. Es sei ihr nicht bekannt, wie hoch die Nachfrage ist. Bei der Hebammenzentrale gebe es hierzu selten Anfragen. Einer der Gründe für das geringe Angebot an Hausgeburten seien aus ihrer Sicht die hohen Haftpflichtprämien.

Herr Dr. Piest fragt nach, ob es in Braunschweig auch männliche Hebammen gibt.

Frau Wolff antwortet, dass es in Braunschweig keine männlichen Hebammen gebe. In Deutschland insgesamt gebe es zwölf männliche Hebammen.

Frau Jalyschko merkt an, dass die Informationen über registrierte Hebammen auf der Internetseite nur begrenzt seien. Sie würde es begrüßen, wenn Biografien oder die Webseiten der Hebammen angegeben wären.

Frau Wolff begrüßt die Idee. Sie teilt mit, dass der Arbeitsaufwand für das Erstellen einer eigenen Website für einige Hebammen zu groß sei oder die Hebammen bewusst keine Angaben zu ihrer Persönlichkeit machen wollen würden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Nachbarschaftszentren in Braunschweig - Planung des weiteren Ausbaus

22-19739

Frau Ihbe bittet zu erläutern, wie das Verfahren für die Nachbarschaftszentren ab 2025 ablaufe. Des Weiteren bittet sie darum, die Reihenfolge für die Nachbarschaftszentren ab 2025 näher zu begründen und mitzuteilen, wieso das Begegnungszentrum Griesmarode Am Sołanger nicht berücksichtigt wurde.

Herr Haf berichtet, dass geplant sei, jährlich zwei neue Nachbarschaftszentren auf den Weg zu bringen. Die Gesamtzahl der Nachbarschaftszentren orientiere sich daran, dass ein Nachbarschaftszentrum ein Einzugsgebiet von ca. 20.000 Einwohner abdecke. Es seien

langfristig auch mehr Nachbarschaftszentren denkbar, um dieses Verhältnis zu verbessern. Vor dem jeweiligen Haushalt werde jeweils eine Beschlussvorlage über die Bereitstellung der finanziellen Mittel für das nächste Haushaltsjahr vorgelegt. Die Prioritätenliste sei nach den Vorgaben des Beschlusses erstellt worden. In der Prioritätenliste seien auch erfolgreiche drittmittelgeförderte Projekte berücksichtigt worden, um auch nach Auslaufen der Drittmittelförderung die Finanzierung zu sichern. An Seniorenbegegnungsstätten seien zunächst diejenigen berücksichtigt worden, bei denen die Vorgaben am besten erfüllt werden. Im Zusammenhang mit der Bahnstadtentwicklung, den Neubauten am Hauptgüterbahnhof und dem Bahnhofsumfeld werde ebenfalls die Einrichtung von Nachbarschaftszentren geplant.

Das Begegnungszentrum Griesmarode Am Solanger laufe gut, dies sei aber bei anderen Einrichtungen ebenfalls so. Er betont, dass auch berücksichtigt werde, ob es im räumlichen Umfeld schon Einrichtungen gibt.

Frau Köhler bittet mitzuteilen, ob die Mittel für die bereits beschlossenen vier Nachbarschaftszentren bereits im Haushalt enthalten sind.

Herr Haf bestätigt, dass die Mittelanmeldung im Haushalt erfolgt und die Haushaltmittel im Haushaltsansatz enthalten seien.

Frau Ihbe spricht sich dafür aus, dass am Beschluss für die ersten vier Nachbarschaftszentren festgehalten werden solle.

Frau Antonelli-Ngameni bittet darum, mitzuteilen, wo man die Leitlinien zu den Nachbarschaftszentren findet und die inhaltliche Ausrichtung der Nachbarschaftszentren zu erläutern.

Herr Haf teilt mit, dass die Leitlinien noch nicht an die politischen Gremien weitergegeben worden seien. Diese seien in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe entstanden und würden die Grundlage für die anstehenden Ausschreibungen für die ersten Nachbarschaftszentren bilden. Ein Nachbarschaftszentrum sei eine offene Anlaufstelle, die niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen soll, welche sich an die gesamte Bevölkerung richten. In den Nachbarschaftszentren solle es die Möglichkeit geben, Kursangebote, Veranstaltungen, aber auch private Zusammenkünfte durchzuführen. In den Nachbarschaftszentren seien individuelle Beratungsmöglichkeiten geplant und es solle eine Vernetzung mit Akteuren jeglicher Art stattfinden. Für die Nachbarschaftszentren sei hauptamtliches Personal eingeplant.

Frau Ihbe bittet darum, die Leitlinien nachzuliefern.

Herr Dr. Piest fragt nach, ob eine Zuwendung in Höhe von 105.000 € pro Jahr oder pro Nachbarschaftszentrum eingeplant sind.

Herr Haf teilt mit, dass 105.000 € pro Jahr für zwei Zentren eingeplant seien.

Herr Dr. Piest fragt, warum für das Siegfriedzentrum 100.000 € eingeplant sind.

Herr Haf teilt mit, dass für das Siegfriedzentrum, wie für die anderen Nachbarschaftszentren, 52.500 € eingeplant seien.

Herr Schubert ergänzt, dass zu unterscheiden sei zwischen dem Antrag des Siegfriedzentrums über 100.000 € und den pro Nachbarschaftszentrum eingeplanten Mitteln in Höhe von 52.500 €.

Frau Mundlos fragt nach, ob bei der Betrachtung der bereits vorhandenen Einrichtungen auch das Potential und die personelle Struktur der Einrichtung betrachtet wird.

Herr Haf teilt mit, dass diese Punkte ebenfalls berücksichtigt würden.

Frau Köhler fragt nach, wie die Reihenfolge in der Priorisierung im Hinblick auf die Zentren,

welche sich bereits in der institutionellen Förderung befinden, umgesetzt wird. Sie fragt, ob diese dann übersprungen werden. Des Weiteren fragt sie nach, ob die Reihenfolge fix ist, oder ob Veränderungen, die sich ergeben haben, auch noch berücksichtigt werden können.

Herr Haf und Herr Schubert weisen darauf hin, dass sich die Priorisierungsliste im Laufe der Zeit verändern könne und eine Anpassung zu einem späteren Zeitpunkt möglich sei.

Einige Ausschussmitglieder bitten darum, das Bewertungssystem für die Auswahl und Priorisierung der Nachbarschaftszentren möglichst noch vor den Haushaltsberatungen transparenter zu gestalten.

Herr Haf teilt mit, dass sich die Kriterien an dem Ursprungsbeschluss orientieren und die Kriterien gleichberechtigt sind. Es werde versucht bis zur nächste Sitzung eine bessere Transparenz zu schaffen.

Herr Schubert ergänzt, dass es immer eine gewisse Unschärfe bei der Priorisierung geben werde.

Herr Winckler schlägt vor, unter den Nachbarschaftszentren und den Institutionen eine Vernetzung zu schaffen.

Herr Haf teilt mit, dass dies beabsichtigt sei. Zum Teil gebe es diese Vernetzung bereits.

Frau Ihbe fragt nach, wie mit der Finanzierung von Nachbarschaftszentren umgegangen wird, die einen Antrag gestellt haben, aber bei der Finanzierung der Nachbarschaftszentren in den nächsten 2 Jahren nicht berücksichtigt werden.

Herr Haf teilt mit, dass dem politischen Beschluss in der dort beschlossenen Höhe gefolgt werde.

Frau Jaschinski-Gaus bittet, bis zur nächsten Sitzung eine konkrete Definition eines Nachbarschaftszentrums zu liefern.

Herr Haf teilt mit, dass das Grundsatzkonzept zu den Nachbarschaftszentren noch vorgestellt werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt

22-19698

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte 'Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt in der Gestalt der Vereinbarungen zu seiner Verlängerung und Ergänzung vom 01.07.2010, 21.05.2014 und 28.05.2018' mit der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG, der Braunschweiger Baugenossenschaft eG und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2028 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 7. Gewährung einer Zuwendung für die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) des Behindertenbeirates Braunschweig e.V.** 22-19845

Herr Schatta ist abwesend ab 16:21 Uhr.

Beschluss:

Dem Behindertenbeirat Braunschweig e. V. wird vorbehaltlich der noch abzuschließenden Antragsprüfung für das Haushaltsjahr 2022 im Rahmen einer Projektförderung anstatt der im Haushaltsplan vorgesehen 3.000 € eine Zuwendung in Höhe von 9.100 € zur Finanzierung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Anfragen

- 8.1. Mögliche Wärmehallen für Braunschweig** 22-19927

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.1.1. Mögliche Wärmehallen für Braunschweig** 22-19927-01

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Tafel "am Limit"?** 22-19577

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Freies WLAN in Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäusern, Nachbarschaftszentren und Wohnstandorten** 22-19928

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3.1. Freies WLAN in Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäusern, Nachbarschaftszentren und Wohnstandorten** 22-19928-01

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Gez.
Ihbe

Gez.
Klockgether

Gez.
Meyer